

Frankfurter Rundschau, 29.01.2021

Armut

„Die Lage ist sehr prekär“

Der Sozialmediziner Gerhard Trabert schildert die dramatische Lage von armen Menschen und Wohnungslosen gerade in Corona-Zeiten. Er erinnert die Politik an ihre soziale Verantwortung.

Der Mainzer Sozialmedizin-Professor Gerhard Trabert, der in Wiesbaden lehrt, hat schon zahlreiche Initiativen zur Versorgung bedürftiger Menschen gestartet. Die Corona-Pandemie bringt dabei neue Herausforderungen und zeigt bekannte Probleme deutlicher als je zuvor. Beim Hessischen Sozialforum am Samstag in Frankfurt hält Trabert einen Impulsvortrag.

Herr Trabert, wie stark trifft die Corona-Pandemie die armen Menschen?

Sie trifft diese Menschen sehr stark. Es ist so, dass soziale Ungleichheiten in unserer Gesellschaft jetzt wie unter einem Brennglas noch deutlicher hervortreten. Sozial benachteiligte Menschen sind mehr auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Ihr Wohnraum ist oft wesentlich enger. Die finanziellen Ressourcen sind begrenzter. Die Versorgung der Kinder mit Laptops oder Internetzugang ist reduziert. All das führt dazu, dass die Menschen noch mehr betroffen sind – nicht nur ökonomisch, sondern auch, was das Risiko einer Erkrankung betrifft.

Gibt es Erkenntnisse darüber, wie sich die Infektionsraten unterscheiden?

Es gibt noch nicht so viele Studien in Deutschland dazu. Alles Mögliche ist im Fokus, aber gerade die Situation der Menschen, die von Einkommensarmut betroffen sind, wird kaum untersucht. Es gibt eine Studie aus Düsseldorf. Da konnte man nachweisen, dass Bezieher von Arbeitslosengeld II, also Hartz IV, eine höhere Infektionsquote haben. Was ich auch erschreckend finde: Sie müssen deutlich häufiger stationär behandelt werden als andere, und es gibt deutlich häufiger schwerere Verläufe von Covid-19. Wir kennen Studien auch aus den USA, England und anderen Ländern, wo das deutlich wird: Menschen, die in Armut leben, sind besonders betroffen.

Was müsste geschehen, um die Gruppe der Hartz-IV-Empfänger und -Empfängerinnen besser zu unterstützen?

Seit Monaten fordern die Wohlfahrtsverbände und die Armutskonferenz, dass der Hartz-IV-Satz um mindestens 100 Euro erhöht werden müsste. Das hat die Bundesregierung bisher immer abgelehnt, was ich als skandalös empfinde. Es mag notwendig sein, Lufthansa mit neun Milliarden Euro zu unterstützen. Aber auch da wird klar: Die Menschen mit geringem Einkommen haben keine Lobby und man denkt zu wenig an deren Lebenssituation. Man muss sich das mal vorstellen: Wenn ich Empfänger von Hartz IV bin, dann habe ich für meine dreijährige Tochter nicht

einmal drei Euro pro Tag für Frühstück, Mittagessen und Abendessen zur Verfügung. Es gibt keinen Etat, um Masken zu kaufen. Wenn jetzt sogar FFP-2-Masken getragen werden müssen, im öffentlichen Nahverkehr oder beim Einkaufen, dann muss man die Menschen auch mit den notwendigen finanziellen Ressourcen ausstatten. Wir wissen auch, dass sich der Preis für bestimmte Lebensmittel in der Corona-Zeit um 15 bis 20 Prozent erhöht hat. Der Hartz-IV-Satz dafür aber nicht.

Gibt es auch eine Benachteiligung bei der Bildung?

Ja, die gibt es. Jetzt wird erwartet, dass die Kinder und Jugendlichen über Laptops verfügen, um in der Schule mitzukommen. Mehrere Sozialgerichte haben entschieden, dass das ein Mehrbedarf ist, den die Familien geltend machen können. Aber viele Kommunen und Jobcenter lehnen das ab. Das finde ich skandalös. Außerdem fehlt beim Essen jetzt die Schulspeisung. Zu Hause ist der finanzielle Aufwand in der Regel höher.

Wie sieht die Situation für wohnungslose Menschen aus?

Die Lage ist sehr prekär. Wir wissen ohnehin, dass es in der Wohnungslosenhilfe zu wenige Plätze für wohnungslose Frauen gibt. Das gilt auch für wohnungslose Menschen mit einem Hund. Die Einrichtungen sagen jetzt, dass die Menschen länger bleiben können. Sonst müssen sie in der Regel nach acht bis zehn Tagen wieder die Einrichtungen verlassen. Ich finde es sinnvoll, dass sie über den Winter dort bleiben dürfen. Aber man muss zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stellen. Das geschieht in manchen Kommunen, auch in Frankfurt gibt es Konzepte. Aber man müsste meines Erachtens sehr viel stärker auf leerstehenden Wohnraum zurückgreifen, auf Hotels oder Jugendherbergen. Menschen haben auch wenig Anlaufstellen. Teestuben wurden reduziert. Da müsste es mehr kreative Versorgungskonzepte geben.

Wie sieht es mit der Lebensmittelversorgung über die Tafeln aus?

Es sind viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weggefallen, weil sie selbst zur Risikogruppe gehörten. Das sehen wir auch in unserer medizinischen Ambulanz, wo viele pensionierte Ärzte mitgearbeitet haben. Die können jetzt nicht eingesetzt werden. Es wäre gut, wenn sich mehr jüngere Menschen an solchen Hilfsangeboten beteiligen würden. Aber es ist natürlich ein Skandal, dass es überhaupt Angebote wie Tafeln geben muss. Das zeigt, dass der Staat sich zu stark zurückgezogen hat.

Andere Versorgungsmöglichkeiten sind auch schwieriger geworden: Das Flaschensammeln lohnt sich weniger, auch das Betteln hat in leeren Einkaufsstraßen wenig Sinn.

Da haben Sie vollkommen recht. Das ist alles weggebrochen in den Innenstädten. Das macht die Situation noch prekärer. In manchen Kommunen wurden sogar die öffentlichen Toiletten geschlossen, da haben wir interveniert. Sonst hätten die Menschen überhaupt keine Möglichkeit mehr, auf die Toilette zu gehen oder an Wasser zu kommen. Es gibt viele Menschen aus Osteuropa, dem Armenhaus Europas. Die Menschen dürfen hier sein. Aber sie haben keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Auch gerade für sie bedeutet die Corona-Situation eine

dramatische Verschlechterung. Sie brauchen dringend Hilfe und auch Übernachtungsmöglichkeiten.

Das Hessische Sozialforum bündelt viele Institutionen. Welchen Impuls würden Sie sich dort wünschen?

Wir müssen die Verantwortlichen auf kommunaler, auf Landes- und auf Bundesebene immer wieder sensibilisieren und mit den Lebensrealitäten von Menschen, die von Armut betroffen sind, konfrontieren. Ich habe oft das Gefühl, dass politisch Verantwortliche zu weit entfernt sind von dieser Lebensrealität. Die Schere geht immer weiter auseinander. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Politikerinnen und Politiker immer mehr dieser sozialen Verantwortung entziehen.

Interview: Pitt von Bebenburg

Zur Person

Gerhard Trabert ist Gründungsvorsitzender des Vereins „Armut und Gesundheit in Deutschland“. An der Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden lehrt Trabert als Professor für Sozialmedizin und Sozialpsychiatrie. Im Jahr 2020 wurde der Mediziner als „Hochschullehrer des Jahres“ geehrt. Erstmals zeichnete der Deutsche Hochschulverband damit keinen Uni-, sondern einen Fachhochschullehrer mit diesem Titel aus.

In Wiesbaden hatte Trabert Sozialarbeit studiert, in Mainz ein Medizinstudium draufgesetzt. Danach war er zehn Jahre lang an Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz und Hessen tätig. Mit dem „Mainzer Modell“ entwickelte er ein Projekt, das Wohnungslosen eine niedrighschwellige medizinische Versorgung bietet.

In zahlreichen Auslandseinsätzen hat Trabert seine medizinischen Kenntnisse für Arme und Bedürftige zur Verfügung gestellt, zuletzt in Flüchtlingslagern im bosnischen Bihac. pit